

STADTGESPRÄCH

Zeitung für Goslar und seine Stadtteile**Die Linke**

im Rat der Stadt Goslar

Grundschule Goetheschule zum starken Standort in der Innenstadt ausbauen

Noch immer werden viele Schulanfänger aufgrund der Festlegung der Schulbezirksgrenzen in eine von ihrem Wohnsitz weiter entfernt liegende Schule eingeschult und müssen längere Schulwege in Kauf nehmen. Das gilt insbesondere für Kinder, die in der Goslarer Altstadt wohnen. Eine Einschulung in die nahegelegene Goetheschule scheitert an den geringen Aufnahmekapazitäten.



Das soll sich nunmehr ändern. Mit der verpflichtenden Einrichtung der Ganztagsbetreuung benötigt auch die Goetheschule eine Mensa für die Mittagsverpflegung der Schüler.

Was liegt da näher als die Grundschule Goetheschule nicht nur mit einer Mensa, sondern mit zwei zusätzlichen Klassenräumen und einer Erweiterung des Schulhofes auszubauen?

Bereits Ende 2024 hatten die Ratsfraktionen von CDU, Grüne Partei 42 und Die Linke sowie die Ratsherren Henning Wehrmann und Niklas Prause einen Ratsantrag zum Ausbau der Goetheschule in den Rat der Stadt Goslar eingebracht. Zeitgleich wurde beantragt, die Schulbezirksgrenzen für die Jürgenohl-, Schiller- und Goetheschule aufzuheben und den Eltern die freie

Wahl der Schule zu überlassen.

So wie es in Kindergärten und weiterführenden Schulen seit Jahren übrigens im gesamten Stadtgebiet möglich ist.

Die Befürchtung, dass es aufgrund hoher Anmeldezahlen nunmehr in einer Schule zu einem Losverfahren kommt, ist indes sehr gering, aber grundsätzlich natürlich nicht ausgeschlossen.

In der Regel, und aus der Erfahrung anderer Kommunen, ist davon auszugehen, dass ein hoher Anteil der Eltern die nächstgelegene Schule auswählen wird.

„Das geringe Risiko nehmen wir in Kauf“, so Michael Ohse und Rüdiger Wohltmann von der Fraktion Die Linke, „schließlich gibt es, übrigens in allen Goslarer Grundschulen, mehr freie Plätze als Schüler. Aber eben mit Ausnahme der Goetheschule“.

So können z.B. Kinder aus der nahegelegenen Mauer- oder Bäckerstraße nicht die Goetheschule besuchen. „Zeitgleich mit dem Bau einer Mensa wollen wir das ändern“, so Ohse.

In einem ersten Schritt soll nach den Antragstellenden die Situation im Bestand der Goetheschule durch bauliche Maßnahmen verbessert

werden, um eine größere Anzahl von Schülern aufnehmen zu können.

Das sollte bis zu Beginn des Schuljahres 2028/29 umsetzbar sein. „Bereits zu diesem Zeitpunkt wollen wir gemeinsam mit den anderen Antragstellern die Schulbezirksgrenzen für die Jürgenohl-, Schiller- und Goetheschule aufheben“, so Wohltmann. Denn die Wahlfreiheit bei Wegfall der Schulbezirksgrenzen ermöglicht es den Eltern, die für ihren Nachwuchs optimale Schule selbst auszuwählen.

Gründe sind hierbei vielfältig, wie beabsichtigter Wohnungswechsel, gemeinsamer Schulbesuch von Geschwistern, kurze Wege zur nächstgelegenen Grundschule, aber auch das Leitbild und pädagogische Konzept einer Schule.

Der Anbau von zwei Klassenräumen und einer Mensa sowie eine Vergrößerung des Schulhofes soll dann auf der Bolzenstraße und einem Teil des Parkplatzes umgesetzt werden. Das wird zeitlich erfahrungsgemäß länger dauern. ‚Daher ist es wichtig, dass das Vorhaben bereits heute priorisiert und vorangetrieben wird‘, so Ohse. ‚Wir wollen die Innenstadt wieder attraktiver für junge Familien machen, dazu braucht es einen solchen starken Grundschulstandort‘ er-

klärt Wohltmann.

Bereits heute bestehende Probleme, wie Lehrermangel und Ausstattung der Schulen, bedürfen zusätzlicher Anstrengungen, wie z.B. nachhaltige und vorausschauende Investitionen in die Schulinfrastruktur.

Warum sich im Rat der Stadt die Fraktionen von SPD und FDP dem Vorhaben noch immer widersetzen, ist bei den zu erwartenden Vorteilen nicht schlüssig.

Attraktives Freizeitangebot im Kurmittelhaus Hahnenklee-Bockswiese endlich umsetzen!

Vor nunmehr über 17 Jahren wurden das Schwimmbad und die Kureinrichtungen im Kurmittelhaus in Hahnenklee-Bockswiese geschlossen. Seinerzeit versprachen die Ratsfraktionen von SPD und FDP eine schnelle und adäquate Nachnutzung des Gebäudes, um den örtlichen Tourismus mit einem ‚Schlecht-Wetter-Angebot‘ zu stärken.

Seither gab es immer neue Konzepte und Ideen. Über 17 Jahre lang - meist mit längeren Phasen ‚in denen einfach nichts passierte. Die an-



haltende Suche nach Privatinvestoren endete ohne greifbares Ergebnis.

Die Suche nach einem ‚Schlecht-Wetter-Angebot‘ mit Event-Charakter, nicht nur für Harz-Gäste, sondern auch für die Bewohnerinnen und Bewohner, tritt seit beinahe zwei Jahrzehnten auf der Stelle. Diverse Sitzungen von Lenkungs- und Arbeitsgruppen drehten sich in einer Dauerschleife ohne umsetzbare Ergebnisse.

Mal sollten Kurhaus und Kurmittelhaus für einen Hotelkomplex der Abrissbirne zum Opfer fallen, dann z.B. eine Hallentennisanlage oder eine Boulderhalle (Kletteranlage) entstehen. Alles mit Eventcharakter, der zusätzliche Gäste nach Hahnenklee-Bockswiese locken sollte.

Michael Ohse und Rüdiger Wohltmann, Ratsfraktion Die Linke, stellten sich die Frage, ob es bei dieser Zielvorgabe bleiben muss. ‚Benötigt der Ort wirklich ein so spezielles Angebot oder nicht etwas umfassenderes, das viel mehr Menschen anspricht?‘, so Michael Ohse.

Und Rüdiger Wohltmann ergänzt: ‚Ist nicht ein Freizeitangebot für Jung und Alt, bei dem nicht der Event-Charakter im Vordergrund stehen sollte, sinnvoller? Wird nicht ein Angebot an vielfältigen Freizeit-Aktivitäten benötigt, das von Gästen und Einheimischen gleichermaßen genutzt werden kann?‘.

Das Kurmittelhaus in Hahnenklee befindet sich noch in einem guten Bauzustand, bei einem andauernden Leerstand wird das sicher nicht lange so bleiben.

Im Rat der Stadt hat die Fraktion Die Linke jetzt einen Antrag eingebracht, der in konkreten Schritten nach vorne weist.

Danach soll für das Kurmittelhaus ein Freizeitangebot unter Federführung der Hahnenklee-Tourismus-Gesellschaft (HTG) entwickelt und auch betrieben werden.

Als wichtige Voraussetzungen nennt die Linke-Fraktion ein Spiel-, Sport- und Freizeitangebot, das generationenübergreifende und vielfältige Angebote vorhält. Unter der Nutzung des gesamten Gebäudekomplexes soll eine harztypische Gestaltung der Einrichtung den Bezug zum Harzer Kurort herstellen.

Die HTG soll den Prozess mit Planung, Umsetzung und letztlich der Betriebsführung federführend zum Erfolg führen. Die HTG ist im Ort bestens vernetzt und kennt die Bedürfnisse aus erlebter Erfahrung.

‚Es ist allerhöchste Zeit sich von Traumschlössern zu verabschieden und einen realistischen Weg einzuschlagen, der in einem engen Zeitrahmen auch zum Erfolg führt‘, so Ohse und Wohltmann abschließend.

Auch Krippen und Horte ohne Elternbeiträge? Wir bleiben am Ball!

Kitas sind wichtig für gute Betreuung und Bildung von Kindern. Und Bildungseinrichtungen sollten kostenlos sein wie Schulen und Hochschulen.

Seit dem 1.8.2018 werden in Niedersachsen keine Elternbeiträge für die drei Kindergartenjahre erhoben. Allerdings lässt das Land die Kommunen auf einem großen Teil der Kosten hängen, obwohl es der Landtag anders beschlossen hat. Die Stadt Goslar zahlt jährlich mehr als 15 Millionen Euro für die Kindertagesstätten.

Und für Krippen und Horte werden immer noch Elternbeiträge erhoben. Wir wollen diese abschaffen und das Land in die Verantwortung nehmen. Aber auch auf kommunaler Ebene wollen wir vorangehen.

Unsere Ratsfraktion Die Linke fordert seit 2019 die Senkung dieser Elternbeiträge um Schritte von 25 % pro Jahr. Leider konnten wir uns damit bisher nicht durchsetzen, aber wie bei den drei Kindergartenjahren höhlt steter Tropfen den Stein!

Deshalb werden wir unsere Anträge auf schrittweise Senkung auch weiterhin stellen. Und wir verbuchen es auch als unseren (indirekten) Erfolg, dass es in den bald sechs Jahren seit dem 1.8.2020 zumindest keine Erhöhung der Elternbeiträge in der Stadt Goslar gegeben hat, obwohl die Inflation seitdem über 20% beträgt.

Auch Krippen und Horte als Bildungseinrichtungen gebührenfrei – das ist unser Ziel und wir bleiben am Ball!



**wünscht Ihnen ein frohes Fest
und ein friedliches neues Jahr!**

Rüdiger Wohltmann

0176 / 61785387

ruediger.wohltmann@online.de

Michael Ohse

01515 / 6134573

michael.ohse@t-online.de



Kita-Essen soll bald 8 Euro pro Monat mehr kosten

Zur Ratssitzung am 16.12.2025 lag eine Sitzungsvorlage der Stadtverwaltung vor, das Kita-Essen von bisher monatlich 60 Euro für Krippenkinder (bis 3 Jahre), 65 Euro für Kindergarten-



kinder (bis 6 Jahre) und 70 Euro für Hortkinder (Grundschulalter) ab 1.4.2026 um jeweils 8 Euro zu erhöhen, weil seit zwei Jahren ein Defizit besteht.

Wir als Ratsfraktion haben diese Erhöhung abgelehnt und wollen damit zum Ausdruck bringen, dass die Verpflegung in Kitas und Schulen

in der Perspektive aus Steuergeldern bezahlt werden sollte. Die Linke hat im Sommer 2024 im Bundestag einen Antrag gestellt, dass das Mittagessen an allen Schulen und Kitas kostenlos sein soll und die Bundesregierung mindestens 50% der dafür notwendigen Mittel im Bundeshaushalt bereitstellen soll.

Leider wurde dieser Antrag vom Bundestag abgelehnt. Genauso wie der Antrag von Ratsherrn Niklas Prause und unserer Ratsfraktion Die Linke vom November 2024, das Mittagessen an den Goslarer Grundschulen mit 1 Euro aus dem Stadthaushalt zu bezuschussen. SPD, CDU, FDP und AfD stimmten im Rat im Februar 2025 dagegen. Dadurch zahlt ein alleinerziehendes Elternteil mit einem Haushaltseinkommen von 2100 Euro netto, welches keinen Anspruch auf Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket hat, in einem durchschnittlichen Monat über 92 Euro für das Mittagessen an einer Goslarer Grundschule (21 mal 4,39 Euro).

Die Kosten von 65.000 Euro wären durchaus zu decken gewesen und hätte an anderen Stellen im Haushalt eingespart werden können.

Eine kommunale Stadthalle ist nicht finanzierbar

Eine Ratsmehrheit von SPD und CDU hat am 18. November den Bebauungsplan für das Kaiserpfalzquartier beschlossen und hält weiterhin an den Plänen fest, dort Hotel, Stadthalle und Parkhaus zu bauen.

Nachdem die Familie Tessner den Ausstieg aus dem Projekt verkündet hat und sich offensichtlich auf die vor einem Jahr gekauften Hotels Kaiserworth und Brusttuch konzentrieren will, ist die Zukunft des Kaiserpfalzquartiers offen. Zwar steht Herr Tessner zu seinem Wort, der Stadt 6,5 Millionen Euro und 200.000 Euro Betriebskostenzuschuss für 20 Jahre zu spenden, aber die Kosten für eine Veranstaltungshalle laufen davon. Im Plan sind bereits über 20 Millionen Euro, aber nach unserer Erfahrung würden es nach weiteren mindestens 5 Jahren eher 30 Millionen Euro werden.

Dazu kommt das noch nicht vorhandene schlüssige Verkehrs- und Parkkonzept. Und der Bau einer Veranstaltungshalle in Langelsheim, die im Gewerbegebiet keine Probleme mit dem Lärmschutz wie in Goslar haben wird. Da auch die Verwaltung offensichtlich Finanzierungsprobleme sieht, soll jetzt vorrangig ein privater Investor gesucht werden, der Hotel, Veranstaltungshalle und Parkhaus baut. An der Halle will sich dann die Stadt als Ankermieter beteiligen und möglichst mit dem Geld der Tessner-Stiftung Nutzungsrechte erwerben. Auch mit

dem Argument, nicht profitable, gemeinnützige Projekte in dieser Halle zu finanzieren.

Unsere Ratsfraktion Die Linke hat im Rat gegen die weitere Verfolgung der Pläne von Hotel und



Stadthalle gestimmt, weil wir die Finanzierungsrisiken für zu hoch halten.

Die Stadt muss ihren Pflichtaufgaben nachkommen und vorrangig Grundschulen, Kindertagesstätten, Straßen, Sport und Kultur finanzieren. Wir werden in dem Prozess auch weiterhin für unseren Ratsantrag kämpfen, dieses Grundstück als Filetstück der Kommune nicht an private Investoren zu verkaufen, sondern nur als Erbbaurecht zu vergeben.

Dornröschen schläft immer noch

* Vor 2 Jahren im Rat auf Initiative der Fraktion Die Linke und Ratsherrn Niklas Prause beschlossen: Die Einrichtung eines **Park & Ride Parkplatzes** an der Immenröder Straße (Höhe Abfahrt B 6) weiter zu planen. Seither erfolgte keine weitere Bearbeitung durch die Goslarer Stadtverwaltung.

Ein weiterer Antrag fordert die Verwaltung nunmehr zu konkretem Handeln auf.

* Nachdem die B 498 in Höhe **Romkerhall** über zwölf Monate nach einem Brand halbseitig ge-

sperrt war, forderte DIE LINKE mittels eines Antrags die Verwaltung zur Räumung der Fahrbahn auf. Die Verwaltung sagte die Räumung der Fahrbahn zu.

Nun sind weitere 14 Monate vergangen und die Brandreste liegen noch immer auf der Fahrbahn.

* Weitere Beispiele siehe in dieser Ausgabe des Stadtgesprächs und können auch gern durch SIE im Rahmen der **Sprechstunde Die Linke** jeden Montag 15-18 Uhr. Okerstraße 32 (auf den GS-Höfen) mitgeteilt werden.

.....
Politische Beilage. Die Beilage erscheint jährlich und dient der Berichterstattung über die Arbeit der Ratsfraktion.

Auftraggeber: Die Linke. Fraktion im Rat der Stadt Goslar, Okerstraße 32, Goslar, Tel.: 01515 / 6134573 www.die-linke-goslar.de, die-linke-goslar@t-online.de, V.i.S.d.P.: Michael Ohse
.....